

Wir sind kein Einwanderungsland!

Die Tendenz, daß das europäische Deutschland sich aufgeben soll, hat einen neuen Namen gefunden: Deutschland das Einwanderungsland des 21. Jahrhunderts. Die Frage sei mit der Bundesratswahl entschieden, heißt es. Also Fortsetzung der Zuwanderung wie bisher. Deutschland auf dem Weg zu seiner Nachgeschichte.

Natürlich steckt hinter der Idee hirnverbrannter Blödsinn: Deutschland ist schon heute der dichtbesiedelteste Staat Europas (außer Monaco). Auf einem Quadratkilometer leben in der Bundesrepublik doppelt so viele Menschen wie in unserem Nachbarland Frankreich. Wer soll wohin noch einwandern, wenn schon heute selbst Stedlungsgebiete für Einheimische oft am Protest gegen den Flächenverbrauch scheitern? Um wieviel Fläche sollen unsere Städte sich noch ausweiten, auf wieviel Hektar der Stedlungs-brei in Zukunft sich erstrecken?

Anfang der 80er Jahre lebten in der alten Bundesrepublik rund 4,5 Millionen Ausländer, die damals einen Bevölkerungsanteil von 7,5 Prozent ausmachten. Die

sen, Ausländeranteil hielt die damalige Bundesregierung von SPD und FDP für schon hochproblematisch und beschloß am 11. November 1981:

„Es besteht Einigkeit, daß die Bundesrepublik Deutschland kein Einwanderungsland ist und auch nicht werden soll. Das Kabinett ist sich einig, daß für alle Ausländer außerhalb der EG ein weiterer Zugang unter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten verhindert werden muß.“

In den letzten Monaten seiner Amtszeit, im November 1981, hat Bundeskanzler Helmut Schmidt folgendes erklärt:

„Mit weit über vier Millionen Ausländern ist die Aufnahmefähigkeit der deutschen Gesellschaft erschöpft, wenn nicht ganz grobe Probleme entstehen sollen...“

Mehr als 4,5 Millionen können wir nicht mit Anstand verdauen.“ Heute wären wir froh, wenn wir nur 4,5 Millionen Ausländer mit Anstand verdauen müßten. Denn heute sind es bereits rund 2,4 Millionen Ausländer mehr.

Deutschland hat seit 1990 mehr Menschen aufgenommen als die

Einwanderungsländer USA, Kanada und Australien zusammen. Die USA haben 1991 durch ein Einwanderungsgesetz ihre Einwanderungszahl auf unter 200 000 Personen beschränkt. In unserem Land betrug allein im gleichen Jahr der faktische Zuwachs das Doppelte.

Das heißt nicht, daß wir nicht von Einwanderungsländern lernen könnten: Die USA, Kanada und Australien legen an die Gestaltung der Einwanderung - im Gegensatz zu uns - strenge Maßstäbe an: den Beruf, den Familienstand,

ein straffteiler bisheriger Lebenswandel, die Fähigkeit, sich selbst zu ernähren und unterzubringen, den Aufenthalt nur auf Zeit und neben den bestehenden Fachkenntnissen ein nachgewiesenes

vorhandenes privates Vermögen bzw. Guthaben. Es ist in der Tat nicht zu begreifen, daß die Interessen unseres eigenen Landes bei der Einwanderungsland-Propaganda überhaupt keine Rolle spielen, sondern die klammheimliche Freude, was man den eigenen Landsleuten nicht noch alles auflasten könnte. Zu einem Zeitpunkt sich verschärfender innerer sozialer Verteilungskämpfe stellt der Zeitgeist die Forderung auf, aus der ganzen Welt Armut auch noch zu importieren.

Welche nicht nur wirtschaftlichen Probleme mit der Prognose von Massen-Einwanderungen in großer Zahl verbunden sind, hat vor nicht allzu langer Zeit der Deutsche Bundestag (im Juni 1996) auf Initiative - man hö-

re und staune - der Fraktion Grüne/Bündnis 90 deutlich gemacht. Allerdings ging es damals nicht um das dichtbesiedelte Deutschland, sondern um das relativ menschenleere Tibet: gegen „die planmäßige Ansiedlung von Chinesen in großer Zahl, um die tibetische Bevölkerung zurückzudrängen“.

Diese massenhafte Ansiedlung würde den Tibetern - so die Grünen ganz treuherzig und staatstragend - „ihre kulturelle und religiöse Identität“ nehmen und ihre „ethnische Selbstbestimmung“.

Von der - um die Vokabel der Grünen einmal zu gebrauchen - „ethnischen Selbstbestimmung“ der Deutschen, also dem Recht, einer sprachlich und kulturell einheitlichen Volksgruppe anzugehören und die Souveränität der Mitglieder der Kultur- und Lebensgemeinschaft einer Volksgruppe über sich selbst - ist gar nichts zu hören. Diese Selbstbestimmung hat in den letzten Jahren immer weniger existiert, wobei der von der Union mühsam und nach jahrelanger Diskussion durchgesetzte Asylikompromiß von 1993 (man brauchte zu alledem eine 2/3 Mehrheit im Parlament) die

schlimmsten Entwicklungen noch verhinderte. Nun soll Deutschland nach jahrelanger Benutzung als Einwanderungsgebiet auch offiziell zum Einwanderungsland erklärt werden.

Deutschland ist kein Einwanderungsland. Es fehlen uns in der ohnehin überfüllten Mitte Europas alle geographischen, räumlichen und ökonomischen Voraussetzungen. Wir können und wollen bei uns keine Einwanderer-Nation aufbauen wie es in Amerika und Australien geschehen ist. Übrigens erst nach dem gewaltsamen Aussterben derer, die das Land zuvor bewohnt hatten. Weil aber alle Übel auf böse Absichten zurückgeführt werden, sollen bei uns die offenkundigen Mißstände, die als Folge der ach so guten Absichten dieser Bestrebungen entstehen, nicht beim Namen genannt werden: Wachsende Kriminalität, Ghettoisierung, Sozialmißbrauch.

Tatsächlich hat Deutschland die Grenzen seiner Aufnahmefähigkeit erreicht und wartet auf die Hilfe aller seiner Volksvertreter, diese Tatsache endlich einzusehen.

re und staune - der Fraktion Grüne/Bündnis 90 deutlich gemacht. Allerdings ging es damals nicht um das dichtbesiedelte Deutschland, sondern um das relativ menschenleere Tibet: gegen „die planmäßige Ansiedlung von Chinesen in großer Zahl, um die tibetische Bevölkerung zurückzudrängen“.

Diese massenhafte Ansiedlung würde den Tibetern - so die Grünen ganz treuherzig und staatstragend - „ihre kulturelle und religiöse Identität“ nehmen und ihre „ethnische Selbstbestimmung“.

Von der - um die Vokabel der Grünen einmal zu gebrauchen - „ethnischen Selbstbestimmung“ der Deutschen, also dem Recht, einer sprachlich und kulturell einheitlichen Volksgruppe anzugehören und die Souveränität der Mitglieder der Kultur- und Lebensgemeinschaft einer Volksgruppe über sich selbst - ist gar nichts zu hören. Diese Selbstbestimmung hat in den letzten Jahren immer weniger existiert, wobei der von der Union mühsam und nach jahrelanger Diskussion durchgesetzte Asylikompromiß von 1993 (man brauchte zu alledem eine 2/3 Mehrheit im Parlament) die

schlimmsten Entwicklungen noch verhinderte. Nun soll Deutschland nach jahrelanger Benutzung als Einwanderungsgebiet auch offiziell zum Einwanderungsland erklärt werden.

Deutschland ist kein Einwanderungsland. Es fehlen uns in der ohnehin überfüllten Mitte Europas alle geographischen, räumlichen und ökonomischen Voraussetzungen. Wir können und wollen bei uns keine Einwanderer-Nation aufbauen wie es in Amerika und Australien geschehen ist. Übrigens erst nach dem gewaltsamen Aussterben derer, die das Land zuvor bewohnt hatten. Weil aber alle Übel auf böse Absichten zurückgeführt werden, sollen bei uns die offenkundigen Mißstände, die als Folge der ach so guten Absichten dieser Bestrebungen entstehen, nicht beim Namen genannt werden: Wachsende Kriminalität, Ghettoisierung, Sozialmißbrauch.

Tatsächlich hat Deutschland die Grenzen seiner Aufnahmefähigkeit erreicht und wartet auf die Hilfe aller seiner Volksvertreter, diese Tatsache endlich einzusehen.

MOMENT MAL



Von PETER GAUWEILER